

Aus der Verbandszentrale

200 Millionen Frauen weltweit von Genitalverstümmelung betroffen - IN VIA fordert Schutz für Mädchen und Frauen, Aufklärung und Hilfen

Freiburg, 25. November 2019. Anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen fordert IN VIA Deutschland, Genitalverstümmelung konsequent als geschlechtsspezifischen Asylgrund anzuerkennen und betroffenen Frauen Schutz zu bieten. Schätzungsweise sind weltweit mehr als 200 Millionen Frauen laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) von weiblicher Genitalverstümmelung bzw. -beschneidung betroffen. Inzwischen wird von circa 70.000 betroffenen Mädchen und Frauen in Deutschland ausgegangen. Hinzu kommen Tausende von gefährdeten Mädchen. Die meisten Frauen leiden ein Leben lang unter den Folgen des oft unter katastrophalen hygienischen Bedingungen durchgeführten Eingriffs.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema ist mit einem Tabu behaftet, auch in Deutschland. Um gefährdete Mädchen zu schützen, muss das Thema öffentlich angesprochen werden. Für eine angemessene Versorgung müssen Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische und sozialpädagogische Fachkräfte qualifiziert und sensibilisiert werden.

Es sollte im Rahmen von Menschenrechtsbildung, sexualpädagogischem Unterricht und sozialer Gruppenarbeit bearbeitet werden. „Wir alle müssen im Interesse der Mädchen und Frauen für Menschenrechtsfragen dringend sensibler werden“, fordert Stetter-Karp. Pressemeldung im Wortlaut unter: <http://www.invia-deutschland.de/presse/presse/200-millionen-frauen-weltweit-von-genita>

Aus der Zentrale des DCV

Deutscher Caritasverband fordert anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention: Lebensbedingungen von geflüchteten Kindern verbessern - Kinder und Jugendliche intensiver an politische Prozesse beteiligen – Schutz für Kinder im digitalen Raum

Berlin, 19. November 2019. „Zum 30-jährigen Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention müssen wir leider feststellen: Die Grundprinzipien der Konvention finden auch in Deutschland, immer noch zu wenig Beachtung“, bemängelt Caritas-Präsident Peter Neher. „Im Vergleich zu vielen Ländern leben Kinder hierzulande gut. Aber über zwei Millionen Kinder und Jugendliche sind laut Statistik von Armut und Ausgrenzung bedroht und es gilt, sie und ihren Familien zielgenauer zu unterstützen. Wir sehen auch in anderen Bereichen Raum für Verbesserungen, zum Beispiel bei den Lebensbedingungen von geflüchteten Kindern und ihren Familien, bei der Beteiligung an Entscheidungsprozessen sowie bei den Kinderrechten im digitalen Raum“, so Neher weiter. Die Lebensbedingungen der nach Deutschland geflüchteten Kinder, allen voran derer, die in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, verstoßen vielfach gegen Kinderrechte. Der Deutsche Caritasverband plädiert darüber hinaus für eine echte Beteiligung von Kindern. Auch muss das von Bundesministerin Franziska Giffey angekündigte Jugendmediengesetz Kindern sowohl Schutz als einen geeigneten Rahmen für ihre Einbringung in die digitale Welt bieten. Pressemeldung im Wortlaut unter: <https://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemeldungen/kinderrechte-finden-in-deutschland-noch-nicht-genug-beachtung-c958efc0-6191-4f94-920c-2ad466168f6a>

Kirche & Gesellschaft

Hilfe für (Ordens-)Frauen, die sexualisierte Gewalt erlitten haben

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen fordern der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands – Bundesverband e.V. (kfd) und der Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V. (SkF) die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) auf, ihre Solidarität mit Frauen, die durch Priester und Ordensleute sexualisierte Gewalt und geistlichen Missbrauch erfahren haben, deutlich zu bekunden und konkrete Maßnahmen zur Hilfe und Unterstützung zu ergreifen. Die Frauenverbände erwarten die systematische Erfassung der Straftaten, Veröffentlichung der Straftatbestände und Täter sowie deren kirchen- und strafrechtliche Verfolgung. Die DBK wird aufgefordert, eine Kontaktstelle einzurichten. Die vollständige Pressemeldung ist eingestellt unter: <https://bit.ly/35y7kZZ>

Initiative gegen Ausbeutung von Kindern

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD wollen ausbeuterische Kinderarbeit verhindern. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung auf, das Bewusstsein für ausbeuterische Kinderarbeit in Lieferketten sowohl bei Verbraucher*innen als auch bei Unternehmen mittels einer breit angelegten Aufklärungskampagne zu schärfen. Vorbildliche Initiativen sollen gekennzeichnet werden und weitere Dialogplattformen neben dem Textilbündnis und Forum Nachhaltiger Kakao e.V. eingerichtet werden. Zudem solle geprüft werden, ob die Einfuhr von Produkten, denen ausbeuterische Kinderarbeit nachgewiesen werden kann, gesetzlich unterbunden werden kann. Die Bundesregierung sei

Gespräch mit MdB Matthias Seestern-Pauly (FDP) zu „Schulabsentismus“

In einem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Matthias Seestern-Pauly am 16. Oktober in Berlin stand das Thema „Schulabsentismus“ im Mittelpunkt.



Büro MdB Matthias Seestern-Pauly

Die Bundesarbeitsgemeinschaften Katholische und Evangelische Jugendsozialarbeit waren anlässlich einer Pressemeldung zur gemeinsamen Fachtagung zum Thema „Schulabsentismus - Alternative Wege zum Schulabschluss“ im Mai 2019 eingeladen worden. Neben Fragen zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule wurde auch angesprochen, dass zum Schulabsentismus kaum belastbare Zahlen aus der Forschung zur Verfügung stehen. Herr Seestern-Pauly will über den wissenschaftlichen Dienst des Bundestags erkunden, welche Forschungsaufträge es in den letzten Jahren zu Erhebungen zum Schulabsentismus gab. Seestern-Pauly ist jugendpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, ordentliches Mitglied und Obmann im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss Bildung und Mitglied der Kinderkommission im Deutschen Bundestag.

aufgefordert, national tätig zu werden und sich für eine EU-weite Regelung einzusetzen. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft 2020 solle die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine „einheitliche, branchenübergreifende und verbindliche Regelung zur Ausgestaltung unternehmerischer Sorgfaltspflichten“ werben. Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/150/1915062.pdf>

ZdK verabschiedet Erklärung „Segen schenken – Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare“

Am 23. November 2019, hat sich die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare in der katholischen Kirche ausgesprochen.

Die Erklärung „Segen schenken – Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare“ wirbt für eine differenzierte Sicht auf Partnerschaft und Sexualität. Es soll nicht zuerst auf vermeintliche Defizite von Paaren geschaut werden, sondern auf die Liebe, die Paare miteinander leben, und die Gottessehnsucht, die sich in ihrem Wunsch nach einem kirchlich vermittelten Segen ausdrückt. Eine pauschale Abwertung von Partnerschaften, die keine sakramentale Ehe eingehen können, hält das ZdK für nicht tragbar und sieht hier einen dringenden pastoralen Handlungsbedarf. Entsprechend fordert es eine offizielle Entwicklung der liturgischen Praxis in der katholischen Kirche.

Die Erklärung der Vollversammlung sowie den Grundlagentext aus der Arbeitsgruppe mit best practice-Beispielen und einer Liste der Personen, die an der Erarbeitung mitgewirkt haben, finden Sie in Kürze auf der Homepage des ZdK.

Jugendsozialarbeit

Mitwirkung in der Jugendhilfe

Oftmals werden Hilfen für junge Volljährige aufgrund „fehlender Mitwirkung“ beendet. Dabei ist nicht klar, ob es überhaupt eine Mitwirkungspflicht gibt, wann genau von „fehlender Mitwirkung“ gesprochen werden kann bzw. an welcher Stelle die „fehlende Mitwirkung“ bereits sehr deutlich auf einen Unterstützungsbedarf junger Menschen hinweist. Der Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V. hat im Oktober dieses Jahres ein Fachgespräch durchgeführt. Auf der Basis gesetzlicher Grundlagen und Fallbeispiele wurde beraten, wie gegen den Mythos „Mitwirkung“ angegangen werden kann. (Quelle: LAG KJS NRW, Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V.)

Informationen und Materialien aus der Veranstaltung sind auf der Webseite des Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe veröffentlicht:

<https://www.brj-berlin.de/veranstaltungen/fachgespraeche/#toggle-id-1>

Aus der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)

Das Verhältnis von Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung – Tendenzen und Auswirkungen

In den letzten beiden Jahrzehnten ist eine gewachsene gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Verantwortung für den Kinderschutz zu verzeichnen. Der Gesetzgeber reagierte u. a. mit der Einführung und nachfolgenden Konkretisierung der Schutzvorschriften in § 8a SGB VIII sowie der Verabschiedung des Bundeskinderschutzgesetzes. Die gesamtgesellschaftliche Bedeutungssteigerung des Kinderschutzes hat auch vielfältigste Auswirkungen auf die Kin-

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Köln

Von Herzen gutes Essen Bistro im Jakobs – Der neue Treff in Köln-Widdersdorf, Unter Lin- den 129

Am 1. Advent öffnete das Bistro im Jakobs seine Türen. In entspanntem Wohlfühl-Ambiente bietet der neue Treff im Veedel dienstags bis sonntags frische und anspruchsvolle Küche mit saisonalen Produkten aus der Region. Während der Woche hält das Jakobs täglich einen günstigen Mittagstisch, hausgemachte Torten und Eis, abends À-la-carte sowie sonntags einen Brunch für die ganze Familie bereit.

Die IN VIA Köln gGmbH betreibt das neue Bistro als gemeinnützigen Inklusionsbetrieb, in dem vor allem auch Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung beschäftigt werden.

„Mit dem Bistro im Jakobs möchten wir einen echten Veedels-Treff etablieren, der Widdersdorf noch fehlte. Wir wünschen uns ein buntes Zusammensein von Alt und Jung, einen Treffpunkt, der die Menschen zusammenbringt und einen Ort, an dem sich alle wohlfühlen“, so Sibylle Klings, Geschäftsführerin von IN VIA Köln.

Von Dienstag bis Samstag serviert die Küche einen täglich wechselnden Mittagstisch für 7,90 € (inkl. Tagessuppe für 9,90 €), auf Wunsch auch vegetarisch. Das À-la-carte-Angebot bietet lokale und unverwechselbare Speisen wie „Widdersdorfer Wirsingstrudel“, „Jakobus Tapas“ oder „Jakobus Sauerbraten mit Kartoffelstampf und Buttergemüse“. Bei Lebensmittelunverträglichkeiten können die Gerichte auf Anfrage individuell angepasst werden. Die Räumlichkeiten des Bistro im Jakobs können auch für private Feiern und Anlässe, auf Wunsch mit indivi-

der- und Jugendhilfe. Mit dem Bedeutungszuwachs des Kinderschutzes sind aber auch Herausforderungen für eine Aufgabenwahrnehmung der Kinder- und Jugendhilfe, die die Rechte der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Familien achtet und sensibel gegenüber Schutz- und Hilfebedürfnissen ist, verbunden. Die AGJ hinterfragt in ihrem Positionspapier damit verbundene, teilweise etablierte Vorgehensweisen, Instrumente und Rahmenbedingungen, um daran anknüpfend, notwendige Reflexions- und Handlungsbedarfe aufzuzeigen und einzufordern. Mehr unter: <https://www.agj.de/artikel/na/detail/News/die-agj-positioniert-sich-zum-verhaeltnis-von-kinderschutz-und-hilfen-zur-erziehung-tendenzen-und-au.html>

Zwischenruf zum 5./6. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat sich in einem Zwischenruf zum Fünften und Sechsten Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes geäußert. Die AGJ würdigt darin das starke Engagement von staatlichen und nichtstaatlichen Stellen für die Umsetzung der Kinderrechte. Dennoch macht die AGJ deutlich, dass es weiterhin gravierende Lücken bei der Umsetzung von Kinderrechten in Deutschland gibt, die bei einer differenzierten Befassung mit der Umsetzung von Kinderrechten nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Anhand von AGJ-Stellungnahmen wird auf bestehende Umsetzungsdefizite hingewiesen und letztlich dafür geworben, dass zukünftig ein differenzierterer Blick auf die Umsetzung von Kinderrechten geworfen, eine empirisch gesicherte Bestandsaufnahme hinsichtlich der Umsetzung von Kinderrechten vorgenommen wird und eine ehrliche Betrachtung der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention stattfindet.

Bildung

Impulspapier „Ganzheitlich und lebensweltorientiert! Demokratiebildung in der kath. Jugendsozialarbeit“ veröffentlicht

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) hat ein Impulspapier veröffentlicht. Aufgrund der derzeitigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen stehe die Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform mit ihren menschenrechtsbasierten Grundprinzipien unter Druck. Sowohl staatliche Institutionen als auch die Zivilgesellschaft sind gefordert zu handeln – und tun dies auch. Gesetzt wird vor allem auf Demokratiebildung und Prävention. Die Jugendsozialarbeit wird als zentrales Handlungsfeld der Demokratiebildung gesehen, denn Jugendsozialarbeit zielt unmittelbar auf die Ermöglichung von vollständiger Teilhabe und sozialer Integration. In dem Papier wird das Verständnis von Demokratiebildung in der katholischen Jugendsozialarbeit dargelegt und beispielhaft Praxiserfahrungen skizziert. Download des Impulspapiers: <http://www.invia-deutschland.de/fachliches/publikationen/veroeffentlichungen/schule-und-ausbildung/>

Neue ICILS-Studie hat computerbezogene Kompetenzen von Schüler*innen untersucht

Die ICILS-Studie 2018 (International Computer and Information Literacy Study) hat untersucht, wie es um die Fähigkeiten von Achtklässler*innen bestellt ist,

duellem Catering, gebucht werden. Für kleinere Veranstaltungen kann ein separater Raum abgetrennt werden. Ein Außer-Haus-Catering für externe Veranstaltungen ist ebenfalls geplant.

Reservierungen bitte per E-Mail an info@bistro-im-jakobs.de. Eine Reservierung zum Familienbrunch ist empfehlenswert.

Mit Radkutschen Co2-Emissionen verringern

Köln, 25.11.2019. Die Radstation Köln setzt beim Transport und der Abholung von Leihrädern verstärkt auf klimaneutrale Radkutschen. Als sozialer Beschäftigungsbetrieb unterstützt sie durch Beratung, Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsstellen sowie Weiterqualifizierungen „Rund ums Fahrrad“ arbeitslose Frauen, Männer und Jugendliche bei der Integration und dem (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben.



Radkutschen © IN VIA Köln

Die Radstation in Trägerschaft von IN VIA Köln bietet neben dem Fahrradverleih und dem sicheren Parken von Fahrrädern den Reparatur-Service, u.a. mit Wartung, Fahrrad- und Licht-Check in der Werkstatt an.

Als weitere Dienstleistung setzt die Radstation seit diesem Jahr auf die Nutzung von sogenannten Radkutschen, mit denen eine Vielzahl der Radstation-Leihräder transportiert, sowie Räder weiterer Anbieter eingesammelt, in der Werkstatt am

digitale Medien zum Recherchieren, Gestalten und Kommunizieren zu nutzen und diese zu bewerten. Die Studie ist international angelegt und Deutschland befindet sich im Mittelmaß. Der Einsatz digitaler Medien an Schulen ist deutlich niedriger als in anderen Ländern. Die Kopplung von sozialer Herkunft und digitalen Kompetenzen wird in den Ergebnissen deutlich. Diese ist in allen betrachteten Ländern stark ausgeprägt. Einfache Erklärungen, wie etwa ein mangelnder Zugang zu Geräten oder ins Internet, würden nicht greifen.

Link zur Studie: https://kw.uni-paderborn.de/fileadmin/fakultaet/Institute/erziehungswissenschaft/Schulpaedagogik/ICILS_2018__Deutschland_Berichtsband.pdf

Umsetzung des DigitalPakt Schule läuft schleppend

Im Mai trat der DigitalPakt Schule nach zahlreichen Verzögerungen in Kraft. Die Verteilung der Gelder verläuft jedoch stockend. Dabei sind mit der Digitalisierung große Hoffnungen verbunden - auch im Umgang mit Herausforderungen wie Lehrkräftemangel, Heterogenität oder Inklusion. Fest steht: Der Bund wird bis 2024 fünf Milliarden Euro in den Ausbau digitaler Infrastruktur an Schulen investieren. Neben WLAN und Schulservern sind z.B. auch VR-Brillen und Whiteboards förderfähig. Ob Geld für mobile Endgeräte wie Tablets zur Verfügung steht, hängt vom jeweiligen Bundesland und der einzelnen Schule ab. Für die Wartung, Administration und Fortbildungen wird es kein Geld geben. Im Schnitt erhält jede der rund 40.000 Schulen in Deutschland 137.000 Euro, also 500 Euro pro Schüler*in. Damit das Geld bei den Schulen ankommt, müssen zuerst die Länder aktiv werden. Denn die Fördermittel beantragen die Schulträger nicht beim Bund, sondern beim jeweiligen Bundesland. Quelle und vollständiger Beitrag unter: <https://bildungsklick.de/bildung-und-gesellschaft/detail/technik-macht-noch-keinen-guten-unterricht>

Migration & Flucht

Neue Studie „Legale Wege nach Europa. Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Personen ohne Schutzperspektive“

Der Forschungsbereich des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und das Migration Policy Institute Europe haben eine neue Studie über „Legale Wege nach Europa. Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Personen ohne Schutzperspektive“ veröffentlicht. Die Studie analysiert legale Mobilitätsoptionen, Herausforderungen in Politikgestaltung und -umsetzung sowie Möglichkeiten für zukünftige politische und programmatische Ansätze im Bereich legaler Zuwanderungswege. Sie können sie herunterladen unter <https://bit.ly/35EKIXU>

Traumatisierte Geflüchtete erhalten zu wenig Unterstützung in Deutschland

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) hat den 5. Bericht zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten in Deutschland veröffentlicht. Darin werden die psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung von Geflüchteten in Deutschland entlang der Kriterien der Zugänglichkeit, der Verfügbarkeit und der Erreichbarkeit von Behandlungs- und Beratungsangeboten beschrieben. Erstmals werden regionale Unterschiede in der Versorgung und ein detaillierter Rückblick auf die Entwicklungen der letzten 5 Jahre vorgestellt. Nachlesen können Sie dies unter:

Hauptbahnhof gewartet und wieder in Umlauf gebracht werden - ein vollkommener nachhaltiger Kreislauf. Die Flotte der Radstation soll in 2020 um weitere Radkutschen aufgestockt werden.

Dabei ist die Bedienung und Fahrt mit Radkutschen, die mit einem Elektroantrieb ausgestattet sind, für die geübten Servicemitarbeiter der Radstation gedacht, wie Mario Roppertz. Als sozialer Beschäftigungsbetrieb übernimmt die Radstation die Verantwortung und Wiedereingliederung vor allem von langzeitarbeitslosen Menschen. Roppertz ist nach einem Jahr mittlerweile in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis bei der Radstation beschäftigt und kutschert versiert die Radkutsche zu ihren Einsatzpunkten durch die Stadt. „Wir zählen auf unsere Mitarbeitenden, die rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr in der Radstation Köln-Hauptbahnhof tätig sind, egal welche Herkunft und welchen sozialen Hintergrund sie haben. Sie leisten einen nachhaltigen Beitrag in Köln.

Nachhaltigkeit sogar im doppelten Sinne: langzeitarbeitslose Menschen erhalten eine berufliche Perspektive und gleichzeitig steuern diese z.B. mit den Radkutschen einen positiven Beitrag für eine CO₂-neutrale Leistungserbringung bei“, so Roland Neuschil, Leiter der Radstation.

IN VIA Rottenburg-Stuttgart

70 Jahre IN VIA Hildegardisheim und Wilde Hilde

Das Hildegardisheim und die KiTa Wilde Hilde in der Olgastraße 62 in Stuttgart feierten am 23. November 2019 ihr 70jähriges Bestehen.

Dieser runde Geburtstag wurde zum Anlass genommen, Menschen aus der Nachbarschaft, Kooperationspartner*innen,

<https://bit.ly/2ONcj1X> (Factsheet) oder <https://bit.ly/2OS5MDw> (Bericht).

Das Migrationspaket: Broschüre zu aktuellen gesetzlichen Neuerungen
Im Juni 2019 wurden mit dem sogenannten „Migrationspaket“ zahlreiche Gesetzesänderungen beschlossen, die das Aufenthaltsgesetz, das Asylgesetz, das Asylbewerberleistungsgesetz und weitere Rechtsgebiete betreffen. Der Informationsverbund Asyl und Migration fasst in seiner Beilage zum Asylmagazin 8-9/2019 die wichtigsten Neuregelungen in einem Überblick zusammen. Für die Beratungs- und Entscheidungspraxis relevante Änderungen werden in der Broschüre in Einzelbeiträgen erläutert. Zudem umfasst die Broschüre die Ergebnisse einer Umfrage zu Beratungsstrukturen in Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete. Download unter: https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/publikationen/Arbeitshilfen/Beilage_AM19-8-9fin.pdf

Kaum legale Wege nach Europa für Gering- und Mittelqualifizierte

Die verfügbaren Zugangswege für Drittstaatsangehörige zu Ausbildungs- und Erwerbszwecken sind bisher überwiegend auf Hochqualifizierte ausgerichtet. Im Diskurs um die Begrenzung von irregulärer Migration wird vonseiten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten jedoch immer wieder die Absicht geäußert, legale Zugangswege ausweiten zu wollen. Der Forschungsbereich des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und das Migration Policy Institute Europe haben eine Bestandsaufnahme und Beurteilung der bisherigen politischen Maßnahmen zur Zulassung gering- und mittelqualifizierter Migrant*innen ohne Schutzperspektive vorgenommen. Dabei zeigt sich, dass diese in den fünf untersuchten Ländern Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und Spanien über kaum legale Zugangsoptionen verfügen. Die Studie beleuchtet Herausforderungen in der Politikgestaltung und der praktischen Umsetzung sowie Möglichkeiten für zukünftige politische und programmatische Ansätze im Bereich legaler Zuwanderungswege. Download unter: https://www.svr-migration.de/publikationen/mobilitaetsoptionen_nach_europa/

Auf dem Prüfstand: Religiöse Konversionen im Kontext von Asylverfahren

Ein Kernbestandteil von Religionsfreiheit ist der Glaubenswechsel. In vielen Ländern werden Menschen, die eine andere Religion annehmen, vom Staat oder von nichtstaatlichen Akteur*innen verfolgt. Unter welchen Bedingungen ist im Rahmen eines Asylverfahrens zu überprüfen, ob eine Konversion aus ernsthafter religiöser Überzeugung erfolgte? Ist der Staat dazu verpflichtet, eine Bestätigung der neuen Religionsgemeinschaft anzuerkennen? Die Studie „Religiöse Konversionen im Asylprozess. Eine juristische Einordnung und Positionsbestimmung“ geht diesen und weiteren Fragen nach. Sie beleuchtet unterschiedliche Kriterien, die bei einer Prüfung der Konversion eine Rolle spielen können und zeigt auf, wie eine Vereinheitlichung der Prüfungsmaßstäbe erreicht werden könnte. Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Publikation steht hier zum Download bereit: <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Religi%C3%B6se+Konversionen.pdf/cfbfaeb-95c4-b892-17f0-d363bace6eea?version=1.1&t=1572876811402>

Mädchen & Frauen

Frauenhass ist kein „Kollateralschaden“

Am Internationalen Tag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mäd-

Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik und alle Interessierten an diesem Tag die Möglichkeit zu geben, hinter die Kulissen der beiden Einrichtungen zu schauen.

Aus der Kita Wilde Hilde wurde inzwischen ein Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ), in dem heute 145 Kinder aus ca. 40 Nationen und ihre Familien betreut werden.

Auch das klassische Jugendwohnheim Hildegardisheim hat sich zu einer modernen Einrichtung für das Wohnen auf Zeit für Auszubildende und Schülerinnen aus aller Welt entwickelt.

chen weist der Deutsche Frauenrat auf den wachsenden Frauenhass in der realen und virtuellen Welt hin. Frauenhass sei das patriarchale Fundament unserer Gesellschaft und Nährboden für die autoritäre, antidemokratische Selbstermächtigung von Männern. Der Deutsche Frauenrat fordert u. a. einen Nationalen Aktionsplan, der in systematischer Abstimmung, die Anforderungen der Istanbul-Konvention umsetzt. Die Konvention müsse zur Grundlage für die juristische Praxis zum Sexualstrafrecht werden und für das gesamte politische Handeln. Dazu gehört ein Arbeitsgremium der Bundesregierung mit Expert*innen aus Beratungsstellen und Zivilgesellschaft zur Entwicklung von wirksamen Maßnahmen gegen digitale Gewalt. Dazu gehört auch die Aufnahme der Kategorie „Geschlecht“ in die Polizeikriminalstatistik zu „Hasskriminalität“ für politisch motivierte Straftaten. Verlässliche und aktuelle Forschung zum Thema Frauenhass ist nötig, um deren Ursachen zu verstehen und zu bekämpfen. Nachlesen können Sie dies unter: <https://bit.ly/33kYkG5>

Stärker als Gewalt

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen (BMFSFJ) hat das Aktionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ aufgelegt. Ein wichtiger Baustein des Programms ist eine bundesweite Initiative zur Sensibilisierung und Information der breiten Öffentlichkeit über das hohe Ausmaß von Gewalt gegen Frauen sowie zu Hilfe, Unterstützung und Handlungsmöglichkeiten dagegen. Die Initiative „Stärker als Gewalt“ bündelt Angebote und Informationen, die dabei helfen, Gewaltformen zu erkennen, Betroffene zu unterstützen und Auswege aus der Gewalt zu finden. Die Initiative will sowohl Frauen als auch Männer ansprechen, die von Gewalt betroffen sind, aber auch das Umfeld, sowie Täter oder Täterinnen. Sie fördert ein gesellschaftliches Klima, in dem Gewalt an Frauen verurteilt wird. Die Initiative finden Sie unter: <https://staerker-als-gewalt.de/>

Gender

Anteil der weiblichen Führungskräfte stagniert

Frauen sind nach wie vor als Führungskräfte in Unternehmen unterrepräsentiert. Im Jahr 2018 waren 26 Prozent der Führungskräfte der obersten Leitungsebene in der Privatwirtschaft weiblich. Auf der zweiten Führungsebene lag der Frauenanteil bei 40 Prozent. Beide Werte haben sich verglichen mit 2016 nicht verändert. Das zeigen Daten des IAB-Betriebspanels, einer repräsentativen Befragung von rund 16.000 Betrieben in Deutschland durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Trotz Einführung des Gesetzes für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen im Januar 2016 hat sich - zumindest auf Betriebsebene – wenig verändert. (Quelle: IAB) Weitere Details finden Sie in der IAB-Studie unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb2319.pdf>

Europa

Online-Konsultation zur sozialen Inklusion im Europäischen Sozialfonds (ESF)

Die EU-Kommission führt eine Konsultation zur Evaluation der sozialen Inklusion im ESF in der Förderperiode 2014-2020 durch. Zum einen soll damit die aktuelle Förderperiode evaluiert werden, zum anderen möchte die Kommission

die Ergebnisse nutzen, um die nächsten ESF-Programme ab 2021 zu gestalten. Zudem ist angedacht, die Ergebnisse als Argumentationsgrundlage für die Trilog-Verhandlungen zu nutzen. Frist zur Teilnahme an der Konsultation ist der 19. Dezember. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-6547571/public-consultation_en

Anregungen und Vorschläge für Antworten und Textbeiträge zur Konsultation nimmt als zuständiger Themenfeldverantwortlicher für die BAG Katholische Jugendsozialarbeit gerne Alexander Hauser entgegen, bitte bis zum 13.12.2019 an: Hauser@caritas-dicv-fr.de, Tel. 0761 8974-191

Neue Programme & Projektausschreibungen

Start des Programms „Moscheen für Integration“

Um Moscheegemeinden und alevitische Cem-Häuser als zivilgesellschaftliche Partner*innen des kommunalen Umfelds zu stärken und zu vernetzen, starteten das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) das neue Förderprogramm „Moscheen für Integration – Öffnung, Vernetzung, Kooperation“. Es soll Moscheegemeinden und die mit ihnen verbundenen Akteur*innen in Wohlfahrt und Seelsorge dabei unterstützen, sich aktiv in ihre jeweiligen Nachbarschaften und örtliche Strukturen einzubinden. Mehr Informationen unter: http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/DIK/01_UeberDieDIK/01_Aktuelles/26dik2019-moscheen-fuer-integration/moscheen-fuer-integration-inhalt.html;jsessionid=B477B8EF264C3DE86E24BA300163FC7C.2_cid359

Termine & Tagungen

XVI. Jahrestagung Illegalität

Vorankündigung: Die Jahrestagung „Mehr Sichtbarkeit und (politische) Repräsentation für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität?“ findet am 9. und 20. März 2020 in der Katholischen Akademie in Berlin statt.

Literatur- & Webtipps

LAG Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen: WhatsApp und das Datenschutzdilemma

Die neue Jugendsozialarbeit aktuell Nummer 181 November 2019 greift ein wichtiges Thema auf: Messenger sind aus der digitalen Kommunikation nicht mehr wegzudenken. Sie sind ungemein praktisch: Mal eben schnell eine Textnachricht senden, eine Datei an eine bestimmte Gruppe schicken – bis hin zum Video-Anruf aus dem kostenfreien WLAN der Stadtbücherei, von McDonald's oder auch der Jugendhilfe-Einrichtung. Der Platzhirsch unter den Messengern – WhatsApp – entspricht nicht dem kirchlichen Datenschutzgesetz und darf daher dienstlich nicht eingesetzt werden. Genutzt wird er häufig trotzdem mit dem Hinweis, oft nur so eine niedrighschwellige Kommunikation und somit den Kontakt zu den Jugendlichen sicherstellen zu können. Der Artikel zeigt auf, dass und wo hier gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen wird und beschreibt den Spagat aus datenschutzrechtlicher Bewertung und dem Bedürfnis der Mitarbeitenden aber auch der Adressat*innen, Messengerdienste zu nutzen. http://www.jugendsozialarbeit.info/jsa/lagkjsnrw/web.nsf/id/li_ksaaktuell18119.html

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

Bitte fordern Sie bei Interesse die detaillierten Ausschreibungen über das Formular „Fax-Bestellservice“ an. Dazu tragen Sie bitte den jeweiligen Titel ein. Sie erhalten dann den Ausschreibungstext per E-Mail zugeschickt.

IN VIA Akademie Paderborn

- Ich sehe nicht, was ich nicht weiß! Interkulturelle Kompetenzen, 27.02.2020, www.invia-akademie.de

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- Wir sind auch für das verantwortlich, was wir nicht tun. Datenschutz-Einführung für Geschäftsführungen und Vorstände, 30.01.2020 in Frankfurt/Main

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen, die Sie über www.caritas-akademien.de finden. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: www.invia-akademie.de.



IMPRESSUM:
IN VIA Katholischer Verband
für Mädchen- und Frauen-
sozialarbeit Deutschland e.V.
Karlstr. 40, 79140 Freiburg
Redaktion: Marion Paar
Regina Razzaq

Redaktionsschluss der näch-
sten Ausgabe: 11.12.2019

Berichte an:
regina.razzaq@caritas.de